



# Protokoll

---

Datum: 06. März 2018  
Für: Mitglieder der Cocosol sowie weitere  
Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender  
Auflistung

## Protokoll der 6. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 06. März 2018

|                      |                            |  |
|----------------------|----------------------------|--|
| <b>Vorsitz:</b>      | Luzius Mader               | Präsident;<br>Bundesamt für Justiz / FSZM  |
| <b>Mitglieder:</b>   | Elsbeth Aeschlimann        | Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle<br>Zürich   |
|                      | Urs Allemann               | Ehem. Mitglied Ausschuss SH,<br>Betroffener  |
|                      | Barbara Studer Immenhauser | Staatsarchivarin des Kantons Bern und<br>Vizepräsidentin der schweiz.<br>Archivdirektorinnen- und -<br>Direktorenkonferenz ADK |
|                      | Lisa Yolanda Hilafu        | Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-<br>Schweiz, Betroffene   |
|                      | Maria Luisa Zürcher        | Ehem. Mitglied Ausschuss SH  |
|                      | Christian Raetz            | Leiter des « bureau cantonal de médiation<br>VD »  |
| <b>Entschuldigt:</b> | Guido Fluri                | Unternehmer und Urheber der<br>Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener  |
|                      | Laetitia Bernard           | Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR,<br>ehem. Mitglied Ausschuss SH  |
| <b>Ex officio:</b>   | Reto Brand                 | Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich<br>FSZM  |
| <b>Protokoll:</b>    | Claudia Scheidegger        | Bundesamt für Justiz   |

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

## 2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3

4 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung. Die  
5 Sitzungsunterlagen wurden an alle Mitglieder vor ca. 10 Tagen versandt, damit die  
6 Sitzungsteilnehmer genügend Zeit haben sollten, die Unterlagen zu studieren und ggf.  
7 Fragen an den Fachbereich zu stellen.

8

9 Für diese Sitzung sind insgesamt 7 vollständige Dossiers versendet worden, bei welchen  
10 das BJ ein Nichteintreten oder eine Ablehnung vorsieht. Das Versenden von Kopien der  
11 kompletten Dossiers sollte es den Cocosol-Mitglieder erlauben, sich ein plastischeres  
12 Bild der Sachlage zu machen, als dies bisher nur aufgrund der Zusammenfassungen der  
13 einzelnen Fälle möglich gewesen ist.

14

15 Das Protokoll der letzten Sitzung vom 7. Dezember 2017 wurde nach  
16 Anpassungswünschen noch einmal versandt und konnte – da keine weiteren  
17 Rückmeldungen eintrafen – in dieser Fassung genehmigt werden.

18

### 19 **Entschuldigungen:**

20 Herr Guido Fluri ist heute leider verhindert und kann an der Sitzung nicht teilnehmen.  
21 Frau Laetitia Bernard ist ferienhalber abwesend.

22

23 **Der Präsident** berichtet kurz über die Inhalte und den Verlauf des 15. und zugleich  
24 letzten Runden Tisches, welcher am 8. Februar 2018 stattgefunden. Dieser habe seinen  
25 Auftrag nun in allen wichtigen Punkten erfüllt und könne deswegen aufgelöst werden;  
26 Näheres könne dem Protokoll des RT entnommen werden, das demnächst aufgeschaltet  
27 werde. Weil die Hauptaufgabe des Delegierten des EJPD die Leitung des Runden  
28 Tisches gewesen sei, brauche es damit auch die Funktion des Delegierten nicht mehr.  
29 Soweit sich Opfer und Betroffene bisher an ihn in seiner Funktion als Ombudsperson  
30 gewendet hätten, könnten sie sich stattdessen in Zukunft an die kantonalen Anlaufstellen  
31 wenden; diese hätten ja aufgrund der neuen Rechtsgrundlage in Artikel 14 AFZFG einen  
32 zeitlich unbefristeten Auftrag hierfür.

33

34 **Die Mitglieder der Cocosol** bringen daraufhin klar zum Ausdruck, dass Luzius Mader  
35 nach seiner Pensionierung Präsident der Cocosol bleiben solle und sie wünschen, dass  
36 dies explizit so im Protokoll festgehalten werde.

37

38 **Der Präsident** informiert, dass am 17. Mai 2018 für die Mitglieder des aufgelösten  
39 Runden Tisches noch ein schlichter Anlass geplant sei, an welchem die Arbeiten des  
40 Runden Tisches kurz von Frau Bundesrätin Sommaruga gewürdigt werden sollen. Nach  
41 Möglichkeit sollten die Mitglieder der Cocosol an diesem Anlass auch zugegen sein.

42

43 **Der Präsident** informiert weiter über eine Tagung in Berlin, an welcher er eingeladen  
44 worden sei, um unseren Aufarbeitungsprozess vorstellen zu können und darüber zu  
45 diskutieren. Die Praxis in der Schweiz sei dabei auf grosses Interesse gestossen und  
46 habe viel Beachtung gefunden. Zumindest bisher hätten sich die deutschen Behörden in  
47 ihrem Aufarbeitungsprozess darauf beschränkt, die Betroffenen in kurzen Hearings  
48 anzuhören und das Gesagte zu protokollieren. Weitere Massnahmen, z.B. die  
49 Ausrichtung einer finanziellen Leistung oder andere Hilfestellungen zugunsten der Opfer  
50 seien nicht vorgesehen gewesen. Er stehe dieser Praxis eher etwas skeptisch  
51 gegenüber. Die vor Ort erhaltenen Informationen und der Austausch mit verschiedenen  
52 Exponenten sei sehr interessant gewesen: Die deutschen Gastgeber seien erstaunt  
53 gewesen, wie breit die Aufarbeitung in der Schweiz angegangen worden sei und wie die  
54 Opfer miteinbezogen worden seien.

55 **Der Präsident** weist auch darauf hin, dass auch in England eine unabhängige  
56 Kommission einen Bericht an die Regierung mit Vorschlägen abgeliefert habe, wie die  
57 Aufarbeitung in England umgesetzt und allenfalls Wiedergutmachung geleistet werden

1 könne. Erstaunt sei er darüber gewesen, dass in beiden Ländern keine breite,  
2 wissenschaftliche Aufarbeitung geplant sei, so wie dies aktuell in der Schweiz gemacht  
3 werde.

4  
5 Zum Ablauf der Einreichfrist informiert **der Präsident** darüber, dass es  
6 Bestrebungen im Parlament (insb. Antrag von NR S. Arslan in der nationalrätlichen  
7 Rechtskommission) gegeben habe, die Frist zu verlängern. Dies sei jedoch vom  
8 Parlament abgelehnt worden. In der Romandie wolle man jetzt möglicherweise eine  
9 Initiative lancieren, welche eine Aufhebung der Einreichfrist anstrebe. Er spricht sich  
10 generell gegen solche Vorstösse aus. Die Hauptgründe dafür seien, dass man während  
11 der laufenden Einreichfrist auf verschiedensten Kanälen alles unternommen habe, um  
12 ausreichend zu informieren und zur Gesuchseinreichung zu motivieren. Der zweite  
13 Grund sei, dass er befürchte, dass viele Betroffene weiterhin zögern würden, ein Gesuch  
14 einzureichen, wenn bekannt werde, dass das Parlament eine Fristverlängerung in  
15 Erwägung ziehe. Falls das Parlament nach Ablauf der Frist eine solche Fristverlängerung  
16 oder gar Streichung der Frist dann schliesslich doch ablehnen würde, hätten alle bisher  
17 noch zögernden Betroffenen die Frist definitiv verpasst und wären so erneut schwer  
18 enttäuscht, für Ihr Zuwarten bestraft, und um ihren Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag  
19 gebracht worden. Dies sollte unbedingt vermieden werden.

20  
21 **Der Präsident** versichert auf Anfrage, dass das BJ kulant umgehen werde mit der  
22 Handhabung des Endes der Einreichfrist und den am Schluss noch eingereichten  
23 Gesuchen. Das bedeute insbesondere, dass man am 31. März nicht unbedingt  
24 vollständig ausgefüllte und dokumentierte Gesuche erwarte. Es solle genügen, wenn die  
25 gesuchstellenden Personen vorläufig nur gerade die verlangten Angaben auf den Seiten  
26 1 und 5 machen und das Gesuch unterzeichnen würden. Eine entsprechende Information  
27 samt Merkblatt sei rechtzeitig an alle Anlaufstellen gesendet worden und die Mitglieder  
28 der Cocosol würden dieses auch noch per Mail zu deren nachträglichen Information  
29 erhalten.

30  
31 Die restlichen Seiten bzw. Angaben im Gesuchformular, so. z.B. die Beschreibung zur  
32 Opfereigenschaft, sowie von den Archiven zu einem späteren Zeitpunkt beschaffte Akten  
33 könne man dem Bundesamt für Justiz innert nützlicher Frist ohne weiteres noch  
34 nachreichen.

35  
36 **Der Präsident** informiert schliesslich, dass am 8. März 2018, d.h. drei Wochen vor Ende  
37 der Gesuchseinreichfrist, noch eine Medienmitteilung publiziert werden soll. Darin solle  
38 ein letztes Mal explizit auf das bevorstehende Fristende hingewiesen werden.  
39 Gleichzeitig soll auch darüber informiert werden, wie viele Verfügungen bereits erlassen  
40 worden seien.

## 41 42 43 **2. Stand der eingegangenen Gesuche/Todesfälle**

44 Bis heute sind beim BJ 6'185 Gesuche eingegangen. In den letzten Wochen und  
45 Monaten des neuen Jahres haben sich die Eingänge gegenüber dem Vorjahr also stark  
46 gesteigert. Die letzten Umfrageergebnisse bei den kantonalen Anlaufstellen lassen  
47 überdies darauf schliessen, dass in kommenden drei Wochen nochmals sehr viele  
48 zusätzliche Gesuche eintreffen werden.

49  
50 Über die Gesamtzahl der eingegangenen Gesuche solle nicht unmittelbar nach Ende der  
51 Einreichfrist, sondern erst anlässlich der Veranstaltung vom 17. Mai 2018 im Rahmen  
52 einer Medienmitteilung orientiert werden.

## 53 54 55 **3. Vorgeprüfte Gesuche**

### 56 **4.**

57 344 Gesuche seien für die heutige Sitzung geprüft worden.

58 337 Gesuche konnten gutgeheissen werden.

1 5 Gesuche sieht das BJ zur Ablehnung vor, bei 2 Gesuchen ein Nichteintreten.

2  
3 Es folgen angeregte Diskussionen zur jeweiligen Ausgangslage in den einzelnen  
4 Gesuchen bzw. zur Begründetheit der vorgesehenen Entscheide. Damit keine  
5 Rückschlüsse auf die gesuchstellenden Personen gezogen werden können, enthält das  
6 Protokoll keine weiteren Angaben mit Ausnahme der nachfolgenden Elemente.

7  
8 Diskutiert wurde etwa, ob eine Platzierung innerhalb der Grossfamilie einer  
9 gesuchstellenden Person (Onkel, Tante, Grossmutter) als Fremdplatzierung gelte.  
10 Grundsätzlich gelangte man zum Schluss, dass dies keine Fremdplatzierung darstelle.  
11 Jedoch sei es wichtig, diese Gesuche im Einzelnen sehr genau anzuschauen und bei  
12 Bedarf auch weitere Angaben von den gesuchstellenden Personen nachzufragen,  
13 insbesondere, wie es diesen während einer bestimmten Platzierung ergangen sei. Allein  
14 schon eine unvermittelte Trennung von den Geschwistern bzw. die Art und Weise, wie  
15 diese erfolgt sei, könne u.U. die Opfereigenschaft begründen.

16  
17 Der Präsident weist auch darauf hin, dass man aufmerksam sein müsse, wenn es um  
18 Auslands - Fälle gehe. Dort, wo die Massnahme im Ausland veranlasst, die Platzierung  
19 jedoch dann in der Schweiz stattgefunden habe (z.B. bei den Tibetkindern, bei  
20 Adoptionen), oder eine unter schweizerischer Aufsicht stehende Organisation im Ausland  
21 aktiv nach Kindern zum Zwecke einer Adoption gesucht habe. Solche Fälle müsse man  
22 dann genauer anschauen.

23  
24 Der Präsident gibt weiter bekannt, dass weitere sechs dringliche Gesuche inzwischen  
25 noch bearbeitet worden sind, welche nicht auf der an die Mitglieder der Cocosol  
26 versendeten Liste aufgeführt waren (eine entsprechende kurze Liste mit diesen Fällen  
27 wurde an der Sitzung verteilt).

28  
29 **Der Präsident** informiert über die Handhabung der Gesuche von Personen, welche  
30 bereits Soforthilfe erhalten hatten bzw. deren Opfereigenschaft im Rahmen des  
31 Soforthilfe- Verfahrens bereits anerkannt worden war. Es sei vorgesehen, dass diese  
32 Gesuche bis Ende Jahr abgeschlossen und ausbezahlt sein sollten.

33  
34 **Der Präsident** kommt kurz noch einmal auf die Prioritätenordnung zu sprechen und ruft  
35 sie wie folgt in Erinnerung:

36  
37 **Prio K** wird Gesuchen von Personen zugeteilt, die nachweislich (Arztzeugnis) schwer  
38 krank sind und deren verbleibende Lebenszeit sich voraussichtlich nur noch nach  
39 wenigen Wochen und Monaten bemisst (insb. Krebserkrankungen im Endstadium u.ä).  
40 **Prio A** wird Gesuchen von Personen zugeteilt, die älter als 75 Jahre alt sind. Bei diesen  
41 Gesuchen würde dann noch eine zusätzlich Feinunterteilung gemacht; höchste Priorität  
42 genossen demnach die über 90-Jährigen, gefolgt von der nächsten Altersgruppe etc.).  
43 **Prio S** wird schliesslich Gesuchen von Personen zugeteilt, die entweder bereits  
44 Soforthilfe erhalten haben oder deren Opfereigenschaft im Rahmen des Soforthilfe-  
45 Verfahrens bereits anerkannt worden ist.

## 46 47 **5. Grundsatzdiskussionen**

48  
49 Die Kommission äusserte sich zu zwei Fällen. Der eine betraf eine verfahrensrechtliche  
50 Frage betreffend die Entgegennahme eines Gesuches einer Person (deren  
51 Opfereigenschaft völlig klar ist), das einwandfrei und fristgerecht ausgefüllt und im  
52 Umschlag versandbereit war, das aber umständehalber wegen des plötzlichen Todes  
53 nicht mehr eingereicht werden konnte.  
54 Der andere Fall betraf den Aspekt der prioritären Behandlung eines bestimmten  
55 Gesuches.

1 **6. Selbsthilfe-Projekte**

2 **Reto Brand** informiert über den aktuellen Stand der bislang eingereichten Selbsthilfe-  
3 Projekte. Besonders schnelle Projektfortschritte gebe es beim Projekt von Urs Allemann,  
4 das dieser insbesondere in Zusammenarbeit mit der Guido Fluri-Stiftung zu lancieren  
5 versuche. Die Arbeiten seien dort weit fortgeschritten und der Reifegrad der Unterlagen  
6 sei bereits sehr hoch. Das bisher am weitesten fortgeschrittene Selbsthilfeprojekt  
7 stamme aus der Region Basel. Einige weitere Projekte stünden eher in der  
8 Anfangsphase; sie würden sich aber auch gut entwickeln und man sei im Dialog mit den  
9 Gesuchstellern.

10  
11  
12 **7. Cocosol- Sitzungen (Arbeitsweise)**

13 Der Präsident informiert darüber, dass das BJ wirklich dringliche Gesuche künftig auf  
14 dem Zirkularweg an die Mitglieder der Cocosol senden würde. Diese hätten dann die  
15 Möglichkeit, bei Bedarf nachzufragen. Bei Ablehnungen hingegen soll das  
16 Zirkularverfahren nicht zur Anwendung kommen. Diese Gesuche sollen ausschliesslich  
17 mündlich in Anwesenheit der Kommissionsmitglieder an einer Sitzung diskutiert werden.  
18 Es sei wichtig, dass sich die Kommission im Detail damit befassen könne. Der  
19 gegenseitige Austausch der Sichtweisen und Argumente erachte der Präsident als sehr  
20 wichtig.

21  
22 **8. Verschiedenes**

23  
24 Die nächste Sitzung findet am 23. Mai 2018 von 10-16 Uhr, Sitzungszimmer 60, des BJ  
25 statt. Eine Einladung wird folgen.

26  
27 Ende der Sitzung: ca. 15.00h  
28